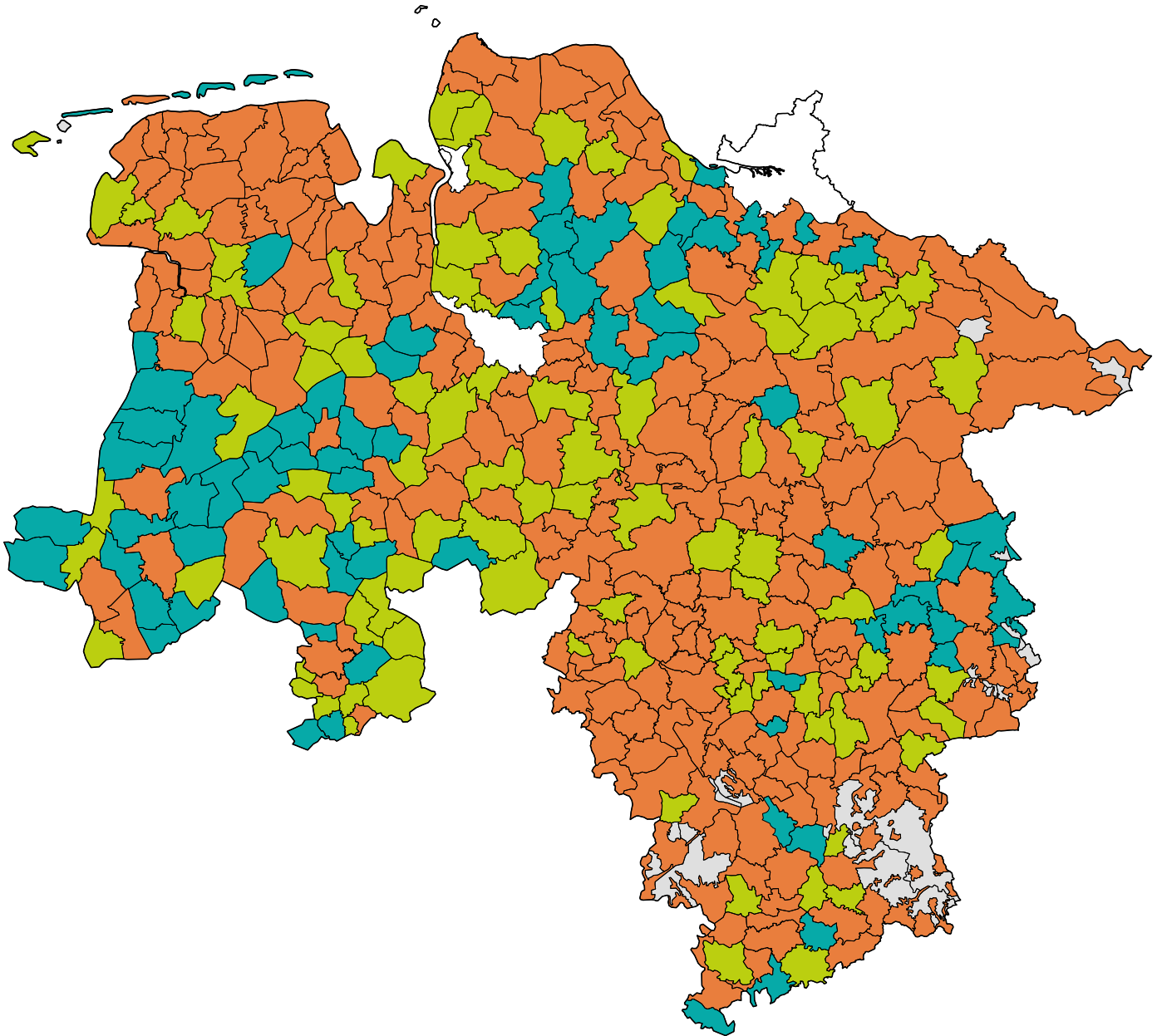


Anlagenbericht 2016



Wir engagieren uns.

**Zur Situation des freiwilligen
Engagements in der
Freien Wohlfahrtspflege**

LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Einleitung	4
1. Strukturelle Aspekte von Engagement	6
1.1 Zur gesellschaftspolitischen Einordnung von Engagement	6
1.2. Demografische Merkmale	6
1.3. Zur Engagementdebatte	7
2. Engagementbegriffe	9
2.1. „Das Ehrenamt“	9
2.2. „Freiwilligenarbeit“	11
2.3. „Bürgerschaftliches Engagement“	11
3. Engagement in den Wohlfahrtsverbänden	13
3.1. Die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen und der Soziale Wandel	14
3.2. Organisationale Reaktionen der Freien Wohlfahrtspflege auf die gesellschaftlichen Veränderungen im Kontext von Engagement	15
4. Zum Engagement gegen Armut in der Freien Wohlfahrtspflege	17
5. Engagementpolitik in Niedersachsen	19
6. Fazit	20
7. Beispiele aus der Praxis	22
7.1 Fünf Beispiele	22
7.2 Gesellschaftliche Herausforderungen und deren Annahme durch Umsetzung	26
8. Engagementpolitische Aufgaben und Herausforderungen für die Zukunft	30
9. Literatur	31

In Deutschland engagieren sich jedes Jahr inzwischen 30,9 Millionen Menschen ab 14 Jahren (4. Freiwilligensurvey 2014) für unser Gemeinwesen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2015: über 23 Millionen Personen). Davon engagieren sich bis zu zwei Millionen Freiwillige im Katastrophenschutz. Zudem engagieren sich rund 100.000 Freiwillige aller Altersgruppen in den Freiwilligendiensten (vgl. BMFSFJ 2015)¹.

In Niedersachsen engagieren sich überdurchschnittlich viele für ihr Gemeinwesen. Waren es in 2009 41 Prozent der ab 14-jährigen Bevölkerung freiwillig engagiert (vgl. BMFSFJ 2010), sind es laut 4. Freiwilligensurvey 2014 inzwischen 46,2 Prozent. Das sind umgerechnet 3,24 Millionen Menschen in Niedersachsen (2014), gegenüber 2,8 Mio. Menschen (2009) und 2,4 Mio. Menschen (37%) in 2004. Niedersachsen hat damit in 15 Jahren (1999-2014) seine Engagementquote um 15 Prozentpunkte steigern können. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich zur Zeit sehr viele Menschen in Niedersachsen auch für Flüchtlinge engagieren. Ohne dieses Engagement wäre die Aufnahme der vielen Flüchtlinge nicht zu bewältigen. Auffallend ist, dass niemand sie gerufen hat. Es scheint als organisierten die Bürger/innen die Nothilfe selbst - „Manchmal sogar gegen den Staat“ (Seibt 2015, S.11). Zigtausende ehrenamtliche HelferInnen leisten Großartiges. Doch das beste zivilgesellschaftliche Netzwerk ersetzt nicht eine gute Staatsverwaltung. Z.B. wenn „die staatliche Registrierung von Flüchtlingen nicht gut funktioniert, hat die Güte der Zivilgesellschaft nicht das Fundament, das sie braucht“ (Prantl 2015, S.4). Das Fundament guter Flüchtlingspolitik wäre ein Konzept, ein Plan. Den zu erstellen ist jedoch nicht Aufgabe der unteren Verwaltungsbehörden. Schon gar nicht können die ehrenamtlichen HelferInnen wie eine Staatsverwaltung agieren. „Die Ehrenamtlichen sollten aber mit an dem großen Tisch sitzen, den die Kanzlerin, ihr Kanzleramtsminister (...) einberufen müssen – um die Aktivitäten von Bund und Ländern, von Bezirks-, Kreis- und Kommunalverwaltungen, von Wirtschaft und Industrie, vom Bundesamt für Migration und der Bundesagentur für Arbeit, von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen zu steuern und zu koordinieren“ (ebenda).

Nicht nur die Flüchtlingshilfe, sondern auch viele andere Bereiche des öffentlichen Lebens würden ohne ehrenamtliches Engagement kaum funktionieren.

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, ihre Mitgliedsorganisationen sowie Dienste und Einrichtungen spielen in der deutschen Engagementdebatte traditionell eine große Rolle (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012). Ehrenamtliches Engagement war für die Gründung, Entwicklung und Profilbildung der Freien Wohlfahrtspflege konstitutiv. Trotz der Veränderungen, die die Professionalisierungsdebatte in den 1970er und 1980er Jahren sowie die Debatte um deren Ökonomisierung in den 1990er Jahren mit sich brachten, ist Engagement nach wie vor ein bestimmendes Merkmal der Freien Wohlfahrtspflege. Nach Schätzungen engagieren sich in Deutschland trotz des Strukturwandels des Ehrenamtes etwa 2.5 Mio. bis 3 Mio. Menschen im Rahmen der Freien Wohlfahrtspflege freiwillig (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2009, S.10). In Niedersachsen sind im Rahmen der Freien Wohlfahrtspflege nach Daten der Berufsgenossenschaft über 50.000 Freiwillige tätig (vgl. Landesarbeitsgemeinschaft

der Freien Wohlfahrtspflege 2011). Die über die Berufsgenossenschaft erfasste Anzahl von Freiwilligen ist eine Zahl. Tatsächlich soll die Zahl der Freiwilligen, die sich im Rahmen der niedersächsischen Wohlfahrt engagieren, jedoch bei geschätzten 500.000 liegen. Angesichts der hohen Bedeutung des freiwilligen Engagements in der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen ist es notwendig, nicht nur „schlicht“ zu schätzen, sondern zu validem Zahlenmaterial in der Landesarbeitsgemeinschaft zu gelangen. Denn ein verbessertes theoretisches und empirisches Wissen über Engagement trägt dazu bei, Engagement noch besser zu erschließen, zu „managen“ und zu „steuern“.

Es gibt eine Stabilität der Bereitschaft zum Engagement, doch in den vergangenen Jahrzehnten hat sich nach und nach die Haltung und die Bereitschaft zum Engagement vervielfältigt und individualisiert. Das klassische Engagement, selbstlos und mit langfristiger Bindung, ist nur noch eine Ausdrucksform neben anderen.

Die folgende Kurzexposition skizziert die Vielfalt der Erscheinungsformen des „Ehrenamtes“, allerdings ohne Berücksichtigung der Freiwilligendienste. Im Mittelpunkt stehen dabei die Freien Wohlfahrtsverbände, die einer der wichtigsten Träger von freiwilligem Engagement in Deutschland und in Niedersachsen sind. Zunächst werden strukturelle Aspekte des Engagements vorgestellt. Danach werden die drei Engagementbegriffe mit ihren jeweiligen Konnotationen vorgestellt, die von den Engagierten selbst im Freiwilligensurvey am häufigsten für ihre Tätigkeit genannt werden: „Ehrenamt“, „Freiwilligenarbeit“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ (vgl. Olk, Hartnuß 2011). Nach der begrifflichen Orientierung wird auf die Entwicklung des Sozialen Engagements im Rahmen der Freien Wohlfahrtspflege eingegangen und es folgt ein Kapitel zum Engagement gegen Armut. Danach werden Vorschläge zu den landespolitischen Aufgaben und Herausforderungen zum Thema Engagement gemacht. Den Abschluss bilden Praxisbeispiele der LAG FW.

¹ *Freiwilligendienste gibt es seit über 50 Jahren. Die erste Grundlage dafür war 1964 das Gesetz für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). 1993 erweiterte das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) die Engagementmöglichkeit auf den Umwelt- und Naturschutz. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und damit des Zivildienstes wurde 2011 der Bundesfreiwilligendienst (BFD) eingeführt. Seit 2011 ergänzt der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJD) dieses Angebot.*

1.1 Zur gesellschaftspolitischen Einordnung von Engagement

Freiwilliges, gemeinwohlorientiertes und unentgeltliches Engagement wird in dieser Skizze als wesentliches Element der zivilgesellschaftlichen Komponente unseres Gemeinwesens verstanden. Zivilgesellschaft meint den Teil unserer Gesellschaft, in dem sich Bürger/innen nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können. Zivilgesellschaft versteht sich so „als Raum zwischen Markt, Staat und Familie, in dem sich freiwillige Zusammenschlüsse bilden, wo Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten genutzt werden und Bürger/innen Gemeinwohlorientierung übernehmen“ (Heuberger, F.W. 2010, S.22). Die Freien Wohlfahrtsverbände sind ein wesentlicher Teil dieser zivilgesellschaftlichen Komponente.

1.2. Demografische Merkmale

In Niedersachsen engagieren sich überdurchschnittlich viele für ihr Gemeinwesen. Waren es in 2009 41 Prozent der ab 14-jährigen Bevölkerung freiwillig engagiert (vgl. BMFSFJ 2010), sind es laut 4. Freiwilligensurvey 2014 inzwischen 46,2 Prozent. Das sind umgerechnet 3,24 Millionen Menschen in Niedersachsen (2014), gegenüber 2,8 Mio. Menschen (2009) und 2,4 Mio. Menschen (37%) in 2004. Niedersachsen hat damit in 15 Jahren (1999-2014) seine Engagementquote um 15 Prozentpunkte steigern können. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Zahlen für den 4. Freiwilligensurvey 2014 erhoben wurden, bevor weiteres Engagement 2015 für Flüchtlinge hinzukam.

Dieses Engagement findet vor Ort statt und ist sehr vielfältig. Es erscheint u.a.

- als Mitarbeit in Vereinen, Gruppen und Initiativen,
- in einem großen Spektrum öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen, z.B. als soziales Engagement in Schulen und Kindergärten, Selbsthilfegruppen und Krankenhäusern,
- als politische Arbeit in Gemeindeparlamenten, Parteien und Bürgerinitiativen,
- als direktdemokratische Mitwirkung bei Bürgerbegehren und -entscheiden (vgl. Zimmer, Backhaus-Maul, 2012).

Hinzu kommt das Engagement in „Sport und Freizeit“, das laut den Befunden und Beschreibungen der Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009 und 2014 (vgl. Gensicke 2011, 4. Freiwilligensurvey), das mit Abstand wichtigste Betätigungsfeld für Engagierte ist, und nicht zuletzt das Engagement in Kirchen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Ergebnisse der Freiwilligensurveys zeigen den höchsten Anteil engagierter Menschen in der Gruppe der 30 bis 44 Jährigen. Also von Menschen, die voll im Erwerbsleben und in der Familienphase stehen. Das ist die Generation, die überwiegend den Wunsch hat, sich Erwerbsarbeit und Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen. Die Kinder dieser „Zeitarmen“ sind oft die „Brücke zum Engagement“. Das statistische Bundesamt stellt in einer jüngeren Zeitverwendungsstudie 2012/2013 eine Verschiebung zu der Gruppe der 45- bis 65-jährigen fest (Statistisches Bundesamt Hrsg. 2015. Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013, zit.n. BMFSFJ 2015).

Es gibt Trends und Hinweise, dass das tatsächliche Engagement junger Menschen aufgrund von

Zeitstress durch Bildungsanforderungen zurückgegangen ist. Das ändere aber nichts an einer weiterhin hohen **Engagementbereitschaft** junger Menschen, so das BMFSFJ.

Bei der Gruppe der älteren Engagierten ab 65 Jahre nimmt das Engagement zu. Ein Grund ist der demographische Wandel. Heute sind bereits ca. 25 Prozent der Menschen in Deutschland über 60 Jahre alt. Ohne eine überdurchschnittliche Zuwanderung wird der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung bis 2060 auf ein Drittel steigen. Das längere Leben wird die Biografien der einzelnen Menschen prägen und ihr tatsächliches Engagement steigern.

Die erwähnte Zeitverwendungsstudie zeigt auch, dass die Frauen beim Engagement zu den Männern aufgeschlossen haben. Frauen engagieren sich besonders in den Bereichen Erziehung, Bildung und Soziales. Männer engagieren sich in der Politik oder in berufsbezogenen Feldern. Im Sport hängt das Engagement von den individuellen Präferenzen im Sport und der sportbezogenen Bildung ab. Frauen engagieren sich eher im Gesundheitssport, Männer eher im Leistungssport und in der Fanszene. Leitungsposten übernehmen häufiger Männer im Rahmen freiwilliger Tätigkeiten.

Bei der Motivation für Engagement lassen sich neue handlungsanleitende Gründe erkennen. Zwar engagieren sich Bürger/innen vor allem weil sie etwas für andere Menschen und für die Gesellschaft tun wollen. Doch es gibt Unterschiede: Junge Menschen suchen vor allem nach Gemeinschaft und Austausch mit Jüngeren. Junge Menschen wollen aber auch durch ihr Engagement ihre Qualifikationen bzw. ihre Kompetenzen erweitern und beruflich verwerten. Ältere Menschen wollen vor allem eine interessante Aufgabe, in der sie mitgestalten können (vgl. BMFSFJ 2015).

1.3. Zur Engagementdebatte

Die aktuelle deutsche Engagementdiskussion (vgl. dazu u.a. Olk, Hartnuss 2011; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012; Backhaus-Maul, Zimmer 2012) wird im Wesentlichen noch immer von den Arbeiten der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Deutscher Bundestag 2002) und von den empirischen Ergebnissen des Freiwilligensurveys mit seinen bisher drei Wellen (1999, 2004 und 2009) (vgl. Gensicke 2010, zit. n. Olk, Hartnuss 2011) bestimmt. Das Instrument des BMFSFJ hat das Ziel einer Dauerbeobachtung zu Umfang und Ausprägung des freiwilligen Engagements in Deutschland. Der Freiwilligensurvey sieht auch eine länderspezifische Auswertung vor, also auch für Niedersachsen. Für die erste Jahreshälfte 2016 ist die nächste Veröffentlichung vorgesehen.

Informativ ist die Engagementstrategie des BMFSFJ mit der zitierten Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamtes 2012/2013. Einfluss nehmen auf die Debatte um das Engagement im Rahmen der Wohlfahrtsverbände werden die jüngst erschienenen „Empirischen Befunde aus der Terra incognita eines Spitzenverbandes“ (Backhaus-Maul u.a. 2015). Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger beschreibt die „Kristallisationskerne einer lokalen Engagementinfrastruktur“ (Zimmer, Backhaus-Maul 2012).

In der zweiten Jahreshälfte 2016 wird der zweite Engagementbericht der Bundesregierung erscheinen. Der Bericht hat den Schwerpunkt „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“ und soll aufzeigen, wie Engagement vor Ort gestärkt werden kann.

Trotz eines langjährigen, zumindest punktuellen, öffentlichen Diskurses gibt es in Deutschland noch keinen allgemein gültigen Begriff für freiwilliges, unentgeltliches und gemeinwohlorientiertes Engagement. „Geht es um Arbeit („Freiwilligenarbeit“)? Um Soziales und Politisches Engagement („Bürgerengagement“)? Um bestimmte Ämter und Funktionen („Ehrenämter“) in gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, vom Vorstand eines Sportvereins bis zum Mandatsträger in kommunalen Parlamenten? Um Selbsthilfegruppen oder selbst organisierte Initiativen und Projekte, wie es sie im Gesundheitsbereich oder der Jugendarbeit gibt?“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2001, S.16). Eine Verunsicherung über die Definition und das zugrunde liegende Verständnis von Engagement macht auch die im Freiwilligensurvey sehr konstruiert wirkende Unterscheidung zwischen „Freiwillig Engagierte“, „nur öffentlich Aktive“ und „Nicht aktive“ lesen (BMFSFJ Monitor Engagement 2010, S.16) deutlich.

Wie bezeichnen die Engagierten selbst ihre Tätigkeit? Im Freiwilligensurvey wurden sie dazu befragt. Im Jahr 2009 wählen die unentgeltlich Tätigen am häufigsten den Begriff „Freiwilligenarbeit“ zur Benennung ihrer eigenen Tätigkeit, während der Begriff „Ehrenamt“ an zweiter Stelle genannt wird. Etwas überraschend „behauptet sich der Begriff „Ehrenamt“ über die drei Wellen des Freiwilligensurveys hinweg (...)“(Olk; Hartnuß 2011, S.146) und findet vor allem bei „älteren Jahrgängen Zuspruch, während bei den jüngeren Jahrgängen der Begriff Freiwilligenarbeit überwiegt“ (ebenda). Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ wird hingegen lediglich auf niedrigem Niveau zur Selbstbeschreibung gewählt (1999: 6 Prozent, 2009: 9 Prozent) (vgl. Gensicke u.a. 2009, zit. n. Olk, Hartnuß 2011). Anhand der Tradition dieser drei Begriffe soll im Folgenden gezeigt werden, wie sich die gesellschaftlichen Diskurse über Engagement und die individuellen Orientierungen und Selbstverständnisse der Engagierten verändert haben.

2. Engagementbegriffe

Der Begriff Engagement bleibt für sich allein, blass und abstrakt. Erst durch die Zuschreibung als ehrenamtlich, freiwillig oder bürgerschaftlich wird der Begriff lebendig.

2.1. „Das Ehrenamt“

„Ehrenamt ist der traditionsreichste Begriff zur Beschreibung von Engagement und wird seit dem 19. Jahrhundert für bürgerliche Ehrenämter und karitative soziale Arbeit“ (Backhaus-Maul u.a. 2015, S. 42) angewendet. Aufgrund der Stein-Hardenbergschen-Reformen und der Preußischen Ständeordnung von 1808 konnten männliche Mitglieder des Bürgertums zur Übernahme eines Ehrenamtes verpflichtet werden, wurden die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Bürger bei lokalen Aufgaben geregelt (vgl. Backhaus-Maul, Zimmer, 2012). Die im Zuge der Industrialisierung notwendig gewordene Armenfürsorge wurde 1853 im „Elberfelder System“ – der „Bindung der Zuständigkeit des Armenpflegers an sein unmittelbares räumliches Umfeld (...)“ (Sachße 2011, S.18) teilweise aus der öffentlichen Verwaltung als „Soziale Ehrenämter“ (ebenda) in die Selbstverwaltung der Bürger übertragen. Schon früh kam es zur Zusammenarbeit zwischen sich entwickelnden lokalen Sozialämtern und privat-gemeinnützigen Organisationen und Initiativen. Freigemeinnützige Einrichtungen, karitative Vereine und kirchliche Wohlfahrtsverbände entwickelten sich zu „Kristallisationskernen ehrenamtlichen Engagements in den Kommunen und wurden (...) zum Ausgangspunkt einer weit reichenden Professionalisierung“ (Zimmer, Backhaus-Maul 2012, S.15).

2.1.1. Kriterien des heutigen Ehrenamtes

Die folgenden Kriterien sind typisch für das heutige Ehrenamt. Die Darstellung lehnt sich an eine Darstellung von Stricker (2011) an.

Erstens: Ein Ehrenamt ist eine **gemeinwohlorientierte Tätigkeit**, die Institutionen wie Vereine und andere Assoziationen, bei ihrer Arbeit unterstützt. Gemeinwohlorientiert sind Institutionen (Körperschaften) dann, wenn soziale, kulturelle, kirchliche, politische, ökologische Ziele ohne Gewinnerzielungsabsicht angestrebt werden. Was eine Körperschaft gemeinnützig macht, also „die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos“ fördert, regelt - steuerrechtlich betrachtet - § 52 der Abgabenordnung. In der Betonung der Gemeinwohlorientierung des Ehrenamtes schwingt mit, dass die Ehrenamtlichen formell Mitglied einer Gruppe sind, die als gemeinnützig anerkannt ist. Gleichwohl gibt es aber auch Ehrenämter wie z.B. Wahlhelfer/in oder Schöffe/in, bei denen eine Mitgliedschaft zu der entsprechenden Institution nicht gegeben ist. Zudem gibt es auch ehrenamtliche Tätigkeiten, die gemeinwohlorientiert sind, aber (noch) nicht gemeinnützig im Sinne des Steuerrechts sind.

Zweitens: Ein Ehrenamt ist **keine Erwerbsarbeit und grundsätzlich unentgeltlich**. Trotz der allgemein akzeptierten Unentgeltlichkeit des Ehrenamtes ist eine „Monetarisierung“ ehrenamtlichen oder freiwilligen Engagements zu beobachten. Unter „Monetarisierung“ wird eine Entwicklung gefasst, nach der finanzielle Anreize eine zunehmende Bedeutung gewinnen, um ehrenamtliches Engagement zu fördern und anzuerkennen. Der Freiwilligensurvey zeigt die zunehmende Bedeutung des Geldes im Engagement. Im Jahr 1999 sprachen noch 18% der Befragten der Ehrenamtlichen von einer Vergütung ihrer Tätigkeit. Im Jahr 2009 sprachen bereits 23% von einer Bezahlung (vgl. Bergmann 2016). Zunehmend gibt es Engagementformen, die geringfügig bezahlt werden und zugleich

auch als Ehrenamt bezeichnet werden. So arbeiten beispielsweise im Rahmen der Familienhilfe Schüler und Studierende in der Hausaufgabenbetreuung und erhalten dafür einen Stundenlohn zwischen 3 und 8 Euro. Ebenso gibt es in der Betreuung von Demenzkranken Alltagsbegleiter, die ebenfalls einen Stundenlohn zwischen 5 und 8 Euro bekommen. Die Steuerfreiheit nach § 3 Abs.1, Ziffer 26 EStG (als sog. Übungsleiterpauschale bis 2.100 Euro im Jahr) trägt dazu bei, diese Tätigkeiten nicht mehr als Minijobs, sondern als Ehrenamt zu bezeichnen. Der springende Punkt dabei ist, dass die Grenzen zwischen einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich und dem Ehrenamt verschwimmen. Organisationen und Institutionen der Freien Wohlfahrtspflege wehren sich gegen diese Tendenzen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen tritt für eine klare und eindeutige Verwendung des Begriffs Ehrenamt ein, um einerseits die Besonderheit und Qualität des Ehrenamtes herauszustellen und andererseits der Tendenz entgegenzuwirken, untertarifliche, abhängige Beschäftigung mit dem Titel Ehrenamt zu verklären (vgl. Diözesan-Arbeitsgemeinschaft Ehrenamt im Erzbistum Köln 2014; Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen 2014). Die Monetarisierungstendenzen sieht auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V. kritisch. Die bagfa greift Diskussionen in ihren Mitgliedsorganisationen auf, die von wachsenden Problemen im Umgang mit der Bezahlung von Engagement sprechen. Die lokalen Anlaufstellen für Engagement sehen sich mit hohen Aufwandsentschädigungen und stundenbezogenen Entlohnungen konfrontiert, die von Organisationen an Freiwillige gezahlt werden und das Niveau geringfügiger Beschäftigung aufweisen (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen 2014). Durch eine Bezahlung, die deutlich über Kostenerstattungen hinausgeht, sehen die Verbände wesentliche Aspekte des ehrenamtlichen, freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements gefährdet: Freiwilligkeit, Selbstbestimmtheit, Eigensinn, Kreativität, Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Mitverantwortung. Für die bagfa können Geldzahlungen zu einer Abhängigkeit, einem Motivationswechsel, zur Weisungsbefugnis der Zahlenden führen sowie zu einer Förderung von Erwartungen und Einstellungen, dass Engagement immer bezahlt werden müsse.

Drittens: Die häufigste Rechtsform für Organisationen in denen ehrenamtliche Tätigkeit stattfindet ist **der Verein**. Z.B. ist ein Vereinsvorstand das klassische Beispiel für eine formal legitimierte Funktion des Ehrenamtes. Ein solches Ehrenamt ist an eine dauerhafte und eine feste Aufgabenübertragung gebunden. Die Funktion wird häufig durch eine Wahl erlangt, aber auch durch Delegation, Ernennung oder Berufung. Neben einer leitenden Tätigkeit umfasst das Ehrenamt auch ausführende Tätigkeiten, z.B. die Übungsleiter/innen im Sportverein, die Rettungssanitäter/innen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), die grünen Damen und Herren im Krankenhaus. Gerade in großen Organisationen und Verbänden stehen oft ehrenamtlich Tätige den Organisationen in Vorständen oder Präsidien vor, die Hauptamtlichen führen die Verwaltungsgeschäfte. Ein Ehrenamt beschreibt also zum einen eine Funktion an der Spitze der Hierarchie einer Körperschaft. Zum anderen werden aber auch Tätigkeiten wie Schreibdienste als Ehrenamt bezeichnet. Insofern beschreibt das Ehrenamt Funktionen an beiden Rändern von Organisationen.

Viertens: Ehrenämter sind **grundsätzlich freiwillig und unabhängig von staatlichen Institutionen**. Niemand kann zu einem Ehrenamt gezwungen werden. Doch es gibt Ausnahmen. Z.B. können Schöffen/innen und Wahlhelfer/innen verpflichtet werden. Ihre Tätigkeit wird dennoch als Ehrenamt bezeichnet. In die Nähe hoheitlicher Aufgabenerfüllung und in Abhängigkeit des Staates können auch Organisationen geraten, die dem Subsidiaritätsprinzip folgend, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernommen haben - z.B. die Wohlfahrtsverbände, denen die Erbringung sozialer Dienstleistungen übertragen wurde. Deren Finanzierung erfolgt weitgehend durch öffent-

liche Zahlungen. Gerade den ehrenamtlich Tätigen kommt hier eine besondere Funktion zu, denn durch ihre unentgeltliche Leistung tragen sie zur Verringerung der Abhängigkeit ihrer Organisation gegenüber den staatlichen Institutionen bei.

2.2. „Freiwilligenarbeit“

Der Begriff „Freiwilligenarbeit“ betont die Freiwilligkeit des Engagements. Die Aktivität erscheint hier als freigewählt. Freiwilligkeit scheint dabei Ausdruck eines individuellen Lebensstils zu sein, allein von subjektiven Bedürfnissen bestimmt. Trotz der Arbeit für Andere scheint sie nicht Ausdruck von Pflichterfüllung zu sein. Freiwilligenarbeit eignet sich besonders zur Benennung moderner Formen des Engagements. (vgl. Olk, Hartnuß 2011). Freiwillige sind in diesem Verständnis abhängig Beschäftigte mit Erwerbseinkommen und zusätzlich für einen als „gut“ anerkannten Zweck tätig. In diesem Zusammenhang wurde in den 1970er Jahren von Claus Offe die Freiwilligenarbeit in Zusammenhang mit einem garantierten Grundeinkommen diskutiert (vgl. Offe 1972). Engagierte sind in dieser Argumentation finanziell abgesichert, können sich selbst verwirklichen, indem sie ihre Arbeitszeit der Gesellschaft freiwillig und unentgeltlich zur Verfügung stellen. In den 1980er und 1990er Jahren waren eher Begriffe wie freiwilliges Engagement oder freiwilliges soziales Engagement gebräuchlich. Diese tendieren jedoch stärker in Richtung des Begriffsverständnisses von Ehrenamt, weil die Konnotation mehr auf unentgeltlicher Tätigkeit liegt als auf Arbeit (vgl. Backhaus-Maul u.a. 2015). Mit freiwilligem sozialem Engagement sind aber auch selbstorganisierte Engagementformen in Projekten und Initiativgruppen gemeint. Die sind im Vergleich zum Ehrenamt jedoch gering institutionalisiert und stärker individualisiert. „Dabei umfasst freiwilliges (soziales) Engagement neben dem Engagement in klassischen Non-Profit-Organisationen, wie gemeinnützigen Vereinen und Wohlfahrtsverbänden, auch jenes in gering formalisierten Organisationen, wie beispielsweise Initiativen, Gruppen und Projekten“ (ebenda, S.42f).

2.3. „Bürgerschaftliches Engagement“

Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ ist eng mit dem Konzept der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft verbunden. „Zunächst im Zusammenhang mit den demokratischen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa im Verlaufe der 1980er Jahre wiederbelebt, entwickelte sich der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements im Verlaufe der 1990er Jahre allmählich zu einem Terminus, der aus Sicht seiner Protagonisten besser geeignet erschien (...) neuere empirische Entwicklungen (...) für das Phänomen des freiwilligen, unentgeltlichen und gemeinwohlorientierten Engagements der Bürger und Bürgerinnen auf den Begriff zu bringen“ (Olk, Hartnuß 2011, S. 145). Er schlägt dabei Brücken zwischen bisher eher unabhängig voneinander betrachteten Aktivitätsfeldern. Diese Entwicklung nahm der Enquete-Kommissionsbericht auf, indem er zwischen „politischem Engagement, etwa als Gemeinderatsmitglied oder der Mitarbeit in Parteien, Gewerkschaften, aber auch Bürgerinitiativen oder Ausländer- und Seniorenbeiräten, und sozialem Engagement, z.B. Tätigkeiten in Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, aber auch in Hospizgruppen, in der „Tafelbewegung“ oder AIDS-Initiativen“ (Heuberger 2010, S.26), unterscheidet.

Das Konzept bürgerschaftliches Engagement bietet die Möglichkeit, gesellschaftliche Erfahrungen, isolierte Konzepte, politische Leitbilder und unterschiedliche Ausdrucksformen unter einen Begriff zu versammeln:

- klassische und neue Formen des sozialen Engagements, wie etwa das traditionelle soziale Ehrenamt in Diensten und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch neue Formen der Ehrenamtlichkeit in Freiwilligenagenturen, Hospizgruppen und Tafelinitiativen zur Hilfe für Obdachlose, zur Hilfe für Asylsuchende durch Kirchenasyl;
- alte und neue Formen der gemeinschaftsorientierten moralökonomisch geprägten Eigenarbeit, die keinen Erwerbscharakter hat, die von Nachbarschaftshilfe über Genossenschaften bis hin zu neuen Formen der solidarischen Ökonomie reichen;
- alte und neue Formen der politischen Beteiligung, wie zum Beispiel das ehrenamtliche Engagement im Kommunalparlament oder die Mitarbeit in Parteien, Verbänden und Gewerkschaften, aber auch Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen, die Mitwirkung bei direktdemokratischen Beteiligungsformen wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden;
- die freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen. Dabei geht es z.B. um Schöffen, Wahlhelfer, Elternbeiräte oder die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und Vereinen und freiwilligen Feuerwehren;
- sowie klassische und neue Formen gemeinschaftlicher Selbsthilfe, wie sie sich seit den 1970er Jahren in Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, in der Kinder- und Jugendarbeit, im Sport und anderen Bereichen herausgebildet haben (vgl. Roth 2000).

Der Begriff erscheint hier als eine Art von Sammelbegriff für ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen und Spielarten unbezahlter, freiwilliger und gemeinwohlorientierter Aktivitäten wie Ehrenamt, Selbsthilfe, politische Partizipation, freiwillige soziale Tätigkeiten. Es wäre jedoch eine Überforderung des Begriffs Bürgerschaftliches Engagement, wenn er als Sammelbegriff jedes Engagement erfassen soll, nur weil es freiwillig und unentgeltlich geschieht. Denn Bürger/innen können aufgrund unterschiedlicher Identitäten für freiwilliges, unentgeltliches Engagement motiviert werden. „Mal ist es ihre Rolle als Staatsbürger, mal als Mitglied einer Kirchengemeinde, mal als Mitglied einer Bürgerinitiative, die zu ihrem Engagement führen. Es muss also nicht immer ihre Identität als Bürger einer politischen Gemeinschaft sein, die sie dazu bringt, sich jenseits der Privatsphäre im öffentlichen Raum einzubringen und sich zu engagieren“ (Olk, Hartnuß 2011, S. 157f).

Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ setzt allerdings einen neuen politischen Bezugsrahmen, die Bürgergesellschaft als Leitidee. Mit der Idee der Bürgergesellschaft ist eine andere Form des gesellschaftlichen Handelns verbunden. Die Idee soll die Selbstorganisation der Gesellschaft, den dauerhaften öffentlichen Diskurs über die Legitimität von Ansprüchen, Bedürfnissen und Forderungen befördern. Er fordert die Bürger/innen auf, sich in alle Belange, die sie betreffen, einzumischen, verfestigte Strukturen im öffentlichen Raum neu zu gestalten (vgl. Heuberger 2010). Der Begriff bürgerschaftliches Engagement schlägt im Gegensatz zum traditionellen Ehrenamt konstruktive Brücken zwischen den gesellschaftlichen Sphären Staat, Markt und Privatleben. „Während das traditionelle Ehrenamt eher mit einem „subsidiären“ und somit staatlichen Handeln untergeordneten Engagement in Verbindung gebracht wurde, versteht sich bürgerschaftliches Engagement als Ausdruck eines selbstbewussten sowie auch staats- und regierungskritischen Bürgersinns“ (Zimmer, zit.n. Heuberger 2010, S. 27).

3. Engagement in den Wohlfahrtsverbänden

Die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland ist eine der weltweit größten Non-Profit-Organisationen des Dritten Sektors und damit einer der wichtigsten Träger des Engagements in Deutschland und in Niedersachsen. Wie hat sich im Rahmen der Freien Wohlfahrtspflege freiwilliges Engagement entwickelt?

In Deutschland hat sich früh freiwilliges Engagement in einem breiten Spektrum sozialer Dienste und Einrichtungen entwickelt. „Dabei erstreckt sich das Engagement auf weite Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge als Kernbestandteil kommunaler Selbstverwaltung“ (Backhaus-Maul, 2009, zit.n. ders., Zimmer, 2012, S.14). Gemeinnützige und kirchliche Organisationen setzten sich mit der „Sozialen Frage“, den sozialen Folgen der Industrialisierung und des kapitalistischen Wirtschaftens auseinander. Sozialunternehmer wie Adolf Kolping, Raiffeisen oder Hinrich Wichern gründeten Initiativen, die neue Antworten auf gesellschaftliche Probleme gaben. Frühzeitig kam es zur Zusammenarbeit zwischen den sich professionalisierenden Kommunalverwaltungen mit ihren lokalen Sozialämtern und privat-gemeinnützigen Organisationen und Initiativen. Die freigemeinnützigen Einrichtungen, karitativen Vereine und die kirchlichen Wohlfahrtsverbände entwickelten sich dabei zu „Kristallisationskernen ehrenamtlichen Engagements in den Kommunen“ (ebenda, S.15), die nicht zuletzt auch zu einer fachlichen Professionalisierung führten. Die freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände gingen frühzeitig Kooperationen mit kommunalen Sozialverwaltungen ein. Die Kommunen akzeptierten nach Auseinandersetzungen zwar die private Seite, erkannten diese jedoch erst nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1967 als gleichberechtigt an. „Kommunalpolitik und –verwaltung erschlossen sich so das Engagement und die sozialmoralischen Ressourcen der Freien Wohlfahrtspflege“ (ebenda, S.16).

Auch heute setzen sich die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit den Folgen kapitalistischen Wirtschaftens auseinander, indem sie Armut in Deutschland bekämpfen. Sie verfolgen dabei mehrere durchaus divergierende Zielsetzungen. Sie sind Mitgliedervereine, in denen Bürger sich freiwillig zusammenschließen, um gemeinschaftlich Gesellschaft zu gestalten (assoziative Funktion). Als politische Interessenvertretung sind sie „Anwalt der Schwachen“, Solidaritätsstifter und sie sind **Sozialer Dienstleister** mit betriebswirtschaftlicher Funktion. Die Freie Wohlfahrtspflege erbringt trotz einer Zunahme privatwirtschaftlicher Akteure (u.a. in der Altenpflege, von einem sehr geringen Niveau ausgehend zunehmend auch in der Kinderbetreuung) einen Großteil der Sozialen Dienstleistungen in Deutschland. Nach der letzten Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) vom 01.01.2008 bieten ihre sechs Spitzenverbände und Mitgliedsorganisationen in knapp 137.000 sozialen Einrichtungen und Selbsthilfegruppen über 3.6 Mio. Betten oder Plätze an. In diesen Einrichtungen arbeiteten zu dem o.g. Stichtag 1.54 Mio. Erwerbstätige im Zusammenspiel mit - nach Schätzungen rund 2.5 Mio. ehrenamtlich Mitarbeitende (BAGFW 2009, S. 19). In Niedersachsen arbeiteten im Jahr 2011 ca. 190.000 Menschen in Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege, nach Schätzungen sind 500.000 Menschen ehrenamtlich tätig (vgl. Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2011). Letztlich bleiben Mangels empirischer Datengrundlage die Zahlen zu den Ehrenamtlichen Spekulation. Aber fest steht, gegenüber 1970 hat sich die Zahl der Hauptamtlichen fast vervierfacht – zum Teil allerdings aufgrund eines erheblichen Anstiegs der Teilzeitbeschäftigung. „Insgesamt werden rund drei Viertel der sozialen Dienstleistungen von den Wohlfahrtsverbänden angeboten“ (Heinze, Schneiders 2013, S.6). Die Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege ist, die unterschiedlichen Zielsetzungen immer wieder in komplexen Aushandlungsprozessen in Einklang zu bringen.

3.1. Die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen und der Soziale Wandel

Besonders zwei gesellschaftliche Entwicklungen sind zu beobachten, die Auswirkungen auf den Umgang der Wohlfahrtsverbände mit Engagierten haben. **Erstens**, eine „marktorientierte Entstaatlichung“ (vgl. Kaufmann, 2003). Die Einführung von Wirtschaftlichkeits- bzw. Wettbewerbsprinzipien, z.B. durch das Pflegeversicherungsgesetz (1994) und die BSHG-Novelle (1993), stellte die freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände mit den privatgewerblichen Leistungsanbietern gleich und setzte die freigemeinnützigen Verbände einem bis dahin nicht bekannten hohen Wettbewerbsdruck aus. Die Organisationen der Wohlfahrtspflege stehen zum einen vor der Herausforderung, sich stärker an ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien zu orientieren. Als Dienstleister arbeiten die Wohlfahrtsverbände vermehrt nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, weil sich durch die Veränderung von sozialrechtlichen Rahmenbedingungen und durch die Einführung von Wettbewerbssituationen ihre Finanzierungsstrukturen verändert haben. Vor dem Hintergrund des stärker werdenden ökonomischen Anpassungsdrucks stellen sich für das Freiwilligenmanagement in der Freien Wohlfahrtspflege die folgenden Fragen: Wie gestalten die Wohlfahrtsverbände ihr Freiwilligenmanagement? Hat freiwilliges Engagement noch Platz in Betrieben, in denen soziale Dienstleistungen möglichst effizient und effektiv erbracht werden sollen? Ist im wirtschaftlichen Prozess der Leistungserbringung freiwilliges Engagement nicht eher störend und kostensteigernd? Sollten die betriebswirtschaftlichen Bedarfe im Mittelpunkt verbandlicher Engagementförderung stehen? Wie sind die Interessen und Bedürfnisse engagementbereiter und oft „eigensinniger“ BürgerInnen zu wahren? Engagieren sich Bürger/innen überhaupt noch in Organisationen, die keinen wesentlichen Unterschied gegenüber privatwirtschaftlichen, auf private Gewinnverfügung abzielende Unternehmen erkennen lassen (vgl. Backhaus-Maul u.a. 2015).

Zweitens, ein grundlegender sozialer Wandel hat dazu geführt, dass die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege nicht mehr wie früher in je spezifische soziale Milieus eingebunden sind. „So waren die lokalen sozialen Einrichtungen und Wohltätigkeitsvereine in ihrer Gründungsphase integratives Element vergleichsweise homogener und geschlossener christlich-kirchlicher oder normativ-ideologischer soziokultureller Milieus“ (Zimmer, Backhaus-Maul 2012, S.17). Als Beispiel zu nennen sind das katholische und das sozialdemokratische Milieu. Noch in den „ (...) 1970er Jahren prägten freigemeinnützige Organisationen, d.h. in der Regel Vereine und Verbände, diese Milieus und organisierten in beachtlichem Umfang das soziale Umfeld von Bürgern. Eine Mitgliedschaft in einem lokalen Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt ging zumeist einher mit der Mitgliedschaft in der SPD und einer DGB-Gewerkschaft sowie einem Arbeitersport und Kulturverein“ (ebenda, S.18). Ein Pendant ist das Engagement im katholischen Milieu mit einer Mitgliedschaft im Zentrum/CDU, einem katholischen Wohlfahrtsverband (Caritas) und einem katholischen Sportverein (DJK). In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Vorstellungen vom Engagement und die Bereitschaft zum Engagement dem gesellschaftlichen Wandel entsprechend vervielfältigt und individualisiert. Begriffe wie bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement drücken diesen Wandel aus. „Das klassische Engagement, das mit selbstlosem Handeln und langfristiger Bindung umschrieben wird, ist heute eine Ausprägung vom Engagement neben anderen“ (Backhaus-Maul u.a. 2015, S. 586).

Neue Soziale Bewegungen und die Studentenbewegung forcierten seit Ende der 1960er Jahre die Entwicklung neuer sozialmoralischer Milieus. Die Friedens-, Ökologie-, Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung bieten seitdem neue Möglichkeiten freiwilligen Engagements, weil sie erstmals nicht an formale Mitgliedschaften gebunden sind, sondern zeitlich, sachlich und sozial befristete Ver-

gemeinschafts-, Handlungs- und Protestformen ermöglichen. Greenpeace und Amnesty International repräsentieren auch einen Prototyp von neuen Organisationen. Ein kleiner Kreis Professioneller, der die Organisation auf der Leitungsebene „von oben“ steuert, ist konstitutiv für diese neue Art von Organisation. Lokale Gruppen und Unterstützer haben keinen entscheidenden Einfluss mehr auf die Ausrichtung der Organisation. Sie haben wichtige Funktionen bei der Verbreitung der Botschaften der Organisation und der Durchführung von Aktionen vor Ort. Das erfordert „weniger regelmäßiges Engagement im Alltag“ (Zimmer, Backhaus-Maul 2012, S.19) und es wird keine Übernahme von Ehrenämtern auf der Leitungsebene erwartet, so dass die Anforderungen an das individuelle Engagement insgesamt an Umfang und Verpflichtung geringer sind als in klassischen Vereinen.

3.2. Organisationale Reaktionen der Freien Wohlfahrtspflege auf die gesellschaftlichen Veränderungen im Kontext von Engagement

Wie wirken sich die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen und der soziale Wandel auf die verbandliche Wohlfahrtspflege und ihre Vorstellungen vom Ehrenamt aus? Wie versuchen die Verbände, das sich wandelnde Ehrenamt zu steuern? Die folgenden Thesen zu den Bemühungen der Wohlfahrtsverbände stützen sich auf die empirischen Befunde zum Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege (vgl. Backhaus-Maul u.a. 2015)2:

1. Zentral für die Vorstellungen und Handlungen zum Engagement ist das Selbstverständnis in und von der eigenen Organisation. Folgt man den quantitativen Befunden so nimmt die Mehrzahl der befragten Organisationen sowohl eine assoziative als auch eine interessenpolitische Funktion wahr. Ein Drittel der befragten Organisationen weisen zudem eine starke betriebswirtschaftliche Orientierung auf. Die engagementbezogenen Vorstellungen und Handlungen spiegeln das jeweilige Selbstverständnis der Organisationen wider: „Je stärker Organisationen sich in einer assoziativen und – in weit geringerem Ausmaß – in einer interessenpolitischen Funktion sehen, desto eher binden sie Engagierte ein, um sich der eigenen Umwelt gegenüber zu öffnen und das „Miteinander vor Ort“ zu stärken“ (Backhaus Maul u.a. 2015, S. 588). Organisationen mit einer starken assoziativen Funktion betonen häufiger die verbesserte Arbeitsqualität durch den Einsatz Engagierter und den damit geschaffenen zusätzlichen Angeboten.
2. Differenzierte Vorstellungen von Engagement, Diskussionen und Auseinandersetzungen darüber, ein selbstbewusster Umgang mit externen Akteuren und den außerorganisationellen Rahmenbedingungen beeinflussen die Engagementförderung deutlich stärker als strukturelle Faktoren wie Arbeitsbereiche, Rechtsformen oder die lokale Engagementinfrastruktur.
3. In der Freien Wohlfahrtspflege ist eine hierarchische Steuerung und Koordination von Engagement nur für einen Teil der Organisationen sinnvoll und zweckmäßig. Engagement in der Freien

2 Backhaus-Maul u.a. führten in den Jahren 2012-2014 eine empirische Studie zum Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege durch. „Die Studie ging – anhand des Untersuchungsobjekts des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – der Frage nach, wie sich in der verbandlichen Freien Wohlfahrtspflege – als einem der wichtigsten Handlungsfelder von Non-Profit-Organisationen in Deutschland – die Vorstellungen vom Engagement und die Versuche, dieses sich wandelnde Engagement zu koordinieren und zu steuern, darstellen“ (Backhaus-Maul u.a. S. 582). Die wohlbegründete Auswahl des Untersuchungsgegenstandes ermöglicht es den Autoren auch verallgemeinbarere – über den Paritätischen Wohlfahrtsverband hinausgehende – Aussagen über Engagementpotenziale in der Freien Wohlfahrtspflege insgesamt treffen zu können. Die Studie bestand aus einer Fragebogenerhebung mit 2.276 beteiligten Organisationen sowie 51 Experteninterviews.

Wohlfahrtspflege wird vor allem durch informelle Regelungen und Handlungspraktiken koordiniert und gesteuert, also bottom-up, weniger top-down. Formale Regeln können zwar zur Kontinuität der Engagementförderung beitragen, jedoch auch dem Eigensinn und der Selbstorganisation der Engagierten zuwiderlaufen. Bürgerschaftlich orientierte Organisationen sind vor allem durch Beteiligung der Engagierten geprägt, während dienstleistungsorientierte („funktionalistische“) Organisationen nur eingeschränkte Mitbestimmungsmöglichkeiten zulassen.

4. Die Ökonomisierungstendenzen in der Freien Wohlfahrtspflege wirken sich in der Regel nicht direkt und unvermittelt auf die Engagementförderung aus. Die zitierte Studie zeigt zwar die wachsende Bedeutung einer wirtschaftlichen Ausrichtung von Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege, verweist aber gleichwohl auf den nach wie vor hohen Stellenwert ihrer Orientierung am Gemeinwohl. Konkret heißt das, dass auch die am stärksten wirtschaftlich orientierten funktionalistischen Organisationen zugleich weiterhin den hohen Stellenwert assoziativer Aufgaben betonen.

4. Zum Engagement gegen Armut in der Freien Wohlfahrtspflege

Konzeptionell bekämpft die Freie Wohlfahrtspflege Armut mit dem Begriff der relativen Armut. Bei diesem Begriff steht die Betrachtung der mangelnden Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Vordergrund. Armutsbekämpfung hat das Ziel, zusätzlich zu Arbeit und Einkommen die Teilhabechancen der betroffenen Menschen in Bildung, Gesundheit, Wohnen, am sozialen, politischen und kulturellen Leben zu erhöhen. Freiwilliges Engagement hat im Kontext von Teilhabe zwei Funktionen. Das soll am Beispiel der „Tafeln“ gezeigt werden. Erstens, freiwilliges Engagement trägt bei zur Bekämpfung von Armut. Ein Beispiel dafür sind die etwa 60.000 Ehrenamtlichen der Tafeln, die etwas gegen Armut tun wollen (vgl. Brühl, J. 2015). Diese Ehrenamtlichen sehen sich dabei einer neuen Herausforderung gegenüber: der wachsenden Zahl an Flüchtlingen, die zu den Tafeln kommen. In 2015 waren es bereits 100.000 Nutzer/innen. Die Hauptaufgabe der „Tafel“ ist die Ausgabe von überschüssigen Lebensmitteln an Bedürftige. Es wird jedoch nicht nur der Mangel an Lebensmitteln ausgeglichen, sondern es werden auch in den Haushalten Mittel frei, die für andere Ausgaben eingesetzt werden können. Aufgrund der Bedarfsunterdeckung der Regelsätze ist die Unterstützung durch die „Tafel“ für manche Nutzer/in existenzsichernd. Zusätzlich zur Versorgungsfunktion sind die „Tafeln“ sozialer Treffpunkt zur gegenseitigen Unterstützung. „Tafeln sind ein Ort an dem Nutzer/innen und Freiwillig Engagierte und Hauptamtliche miteinander ins Gespräch kommen. Eine **zweite** sinnstiftende Funktion können „Tafeln“ auch für freiwillig Engagierte haben, die selbst bedürftig sind. Das Engagement für Andere schafft Bestätigung, gibt Anreize zur Strukturierung des Tagesablaufs, hilft die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. (Diakonie 2010).

Soziale Benachteiligungen erweisen sich grundsätzlich als kontraproduktiv für eine Engagementbereitschaft und Engagementfähigkeit. „Erst wenn sich Menschen nicht mehr um ihre eigene Existenz sorgen müssen, werden Ressourcen frei für ein darüber hinausgehendes Engagement“ (Munsch, zit. n. Runge, M. 2011). Für das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) gelten ein hohes Bildungsniveau, ein Arbeitsplatz und relativer Wohlstand als entscheidende Faktoren für ein Engagement. Das WZB hat 2010 Forschungsergebnisse veröffentlicht (Böhnke, Dathe 2010), die am Beispiel ehrenamtlicher Arbeit Aufschluss über den Zusammenhang zwischen Menschen unterschiedlicher Einkommensgruppen und ihrer gesellschaftliche Teilhabe in Form von Engagement geben.³ In der Untersuchung gibt es zwei Gruppen, die regelmäßig Engagierten (2/3) und nur sporadisch Engagierte, deren Engagementquote über die Zeit stark schwankt. Zugleich sind die Engagementquoten stark vom Einkommen abhängig – je höher das Einkommen, desto größer das Engagement. „Unterdurchschnittlich engagieren sich die unteren drei Einkommensgruppen (Armut, prekärer Wohlstand und untere Mittelschicht), überdurchschnittlich die obere Mitte und die Oberschicht“ (ebenda, S.15). Zwar zeigt sich für die Autoren ein enger Zusammenhang zwischen Einkommensniveau und Engagement. Ob aber Verarmung als solche einen Rückzug vom Ehrenamt bedeutet, sei damit nicht bewiesen. Diese Frage ließe sich nur durch Verlaufsanalysen beantworten, die bisher nicht vorliegen.

Warum sollte überhaupt ein Zusammenhang zwischen Verarmung und der Aufgabe freiwilligen Engagements bestehen? Plausibel scheint zu sein, dass ein massiver Einkommensverlust zum Sparen zwingt und z.B. das Geld für Fahrt- und Sachkosten im Rahmen des Engagements fehlt. Zudem

³ Die Ergebnisse beruhen auf Berechnungen des WZB mit Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP), einer seit 1984 in Deutschland jährlich wiederholten repräsentativen Umfrage. Demnach nimmt über alle Gruppen hinweg das regelmäßige Engagement zu. „Die Gesamtquote stieg von 1992 bis 2007 von 12.9% auf 16.9%“ (ebenda S. 15).

können Scham und Resignation zum Rückzug aus der Öffentlichkeit führen. Möglicherweise treten Solidaritätsgefühle mit Schwächeren in den Hintergrund, wenn die eigene Existenz prekär ist.

Aber sind auch andere Entwicklungen denkbar? Die Erfahrung zeigt, durch freiwilliges Engagement werden soziale Kontakte geknüpft. Das spricht dafür, sich in prekären Lebenssituationen besonders stark für Andere zu engagieren. Oder hängt freiwilliges Engagement weniger von der wirtschaftlichen Lage, als vielmehr von einem gefestigten Persönlichkeitsprofil ab, das sich langfristig durch Sozialisation und Bildung entwickelt hat?

Zusätzlich zur Quote freiwilligen Engagements je nach Einkommen hat das WZB auch nach der Nähe der Bürger zur Armut, der Dauer von Armut und ihrem Einkommen vor dem wirtschaftlichen Abstieg differenziert. Das Ergebnis ist: „Sowohl ein Abstieg in Armut aus einer Mittelschichtslage heraus als auch Verarmung aus dem armutsgefährdeten prekären Wohlstand hat die gleiche Wirkung – freiwilliges Engagement wird aufgegeben. Aber: In jeder dieser „Verarmungsphasen“ bleibt das Engagementniveau der ehemaligen Mittelschichtsangehörigen deutlich höher als das der Absteiger aus dem prekären Wohlstand. (...) Es verarmen vor allem Menschen, die bereits vorher zu den sogenannten armutsnahen Einkommensgruppen gehörten - das Überschreiten der Schwelle zur Armut geht daher meist nicht mit einem so großen Einkommensverlust einher, dass sich die Lebensweise massiv verändert. Wer verarmt, hat mit großer Wahrscheinlichkeit auch vorher schon mit prekären Lebensbedingungen zu kämpfen gehabt und war nur selten ehrenamtlich aktiv, so dass die Veränderungen minimal sind“ (ebenda S.15). Es scheint so, als sei die Abkehr vom freiwilligen Engagement nur selten eine direkte Folge von Verarmung.

Das WZB nutzt das SOEP 2005 noch, um den Einfluss von Bildungs- und Persönlichkeitsmerkmalen auf das Engagement-Verhalten verarmter Menschen zu analysieren. Nach Interpretation des WZB sind diejenigen mit höherer Bildung und guter Qualifikation noch am ehesten freiwillig aktiv. Zudem sind gewisse persönliche Eigenschaften relevant, die wiederum an Bildungswege gekoppelt sind. „Menschen, die sich phantasievoll, originell und kreativ einschätzen und glauben, dass man die Verhältnisse auch selber beeinflussen kann, sind trotz Armut engagiert“ (ebenda, S.15). Bildung und die darüber entwickelten Lebens- und Wertevorstellungen helfen also nicht nur Armut zu verhindern, sondern auch in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit am freiwilligen Engagement festzuhalten.

5. Engagementpolitik in Niedersachsen

Engagement ist stets örtlich gebunden und zunächst individuell begründet. Es findet statt in den Kommunen, in Kirchengemeinden, in den Institutionen der Wohlfahrtsverbände, in Schulen, in Sportvereinen, in der Feuerwehr, in Selbsthilfegruppen. Zugleich ist Engagement auch an strukturelle Voraussetzungen gebunden, die wesentlich durch politisches Handeln gestaltet werden. In den zurückliegenden zweieinhalb Dekaden hat sich ein Politikfeld „Engagementpolitik“ entwickelt, in dem weitgehend anerkannt ist, „ (...) dass Engagementpolitik nicht nur aus einer Anzahl konkreter Instrumente zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements besteht, sondern der konzeptionellen Grundlagen und einer integralen Politikstrategie bedarf, die die unterschiedlichen Akteure aus Bund, Ländern und Gemeinden ebenso einbezieht wie die Akteure aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft“ (Hartnuß, Olk, Klein, 2011, S. 774). Wenn sich die Förderpolitik eines Landes am Leitbild Bürgergesellschaft orientiert - in Niedersachsen ist das der Fall (<http://www.freiwilligenserver.de/>) - so könnte eine integrale Politikstrategie idealtypisch wie folgt aussehen: Die systematische Bündelung bzw. Integration der Einzelmaßnahmen und Instrumente zu einer umfassenden Gesamtstrategie der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Eine ressortübergreifende Vernetzung der Programme ist vorhanden. Auf der politischen Agenda ist das Thema weit oben angesiedelt und die finanzielle Ausstattung ist relativ hoch. Die politische und gesellschaftliche Kommunikation des Politikfeldes und die Integration aller Akteure nimmt einen großen Stellenwert ein. Die Messlatte Bürgergesellschaft erfordert die Öffnung staatlicher Institutionen, Verbände und Wirtschaftsunternehmen für bürgerschaftliche Mitwirkung und Verantwortung sowie neue Formen der Zusammenarbeit und Partnerschaft über die Grenzen der gesellschaftlichen Sektoren hinweg zu entwickeln. In diesem Sinne sind in Niedersachsen einige engagementpolitische Aufgaben und Herausforderungen anzugehen. (s.u.).

6. Fazit

Der seit 1999 alle fünf Jahre im Auftrag des BMFSFJ durchgeführte Freiwilligensurvey kommt zu dem über die Jahre stabilen Befund, dass rund ein Drittel der Wohnbevölkerung über 14 Jahre engagiert und ein weiteres Drittel zum Engagement bereit ist. Zugleich haben sich jedoch die Einstellung zum Engagement und das Engagementverhalten selbst verändert. Das kann zum einen an der Entkopplung von Mitgliedschaft und Engagement liegen, zum anderen aber auch an der Ökonomisierung und Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen. „Das zurückgehende Interesse an einer Mitgliedschaft und einem Mitmachen in traditionellen Verbänden und Vereinen trifft vor allem die großen alten Mitgliederorganisationen, wie etwa Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Gerade diese traditionellen Organisationen hatten in den letzten Jahren deutliche Mitgliederverluste zu beklagen; sie sind die Verlierer der aktuellen Engagemententwicklung“ (Zimmer, Backhaus-Maul 2012, S.20f). Die Gründe für die Mitgliederverluste können auch sowohl in der Erosion der klassischen sozialen Milieus als auch in den Alternativen des Engagements in eher gering formalisierten Initiativen und Gruppen liegen. In diesen Alternativen ist Engagement nicht primär mit einem Mitgliedsstatus verbunden. Es gibt nicht mehr das biografische Hineinwachsen und längerfristige Verbleiben im Engagement bei „meiner Kirche“, „meinem Verband“, „meinem Verein“. Gemeint ist hiermit, dass Männer wie Frauen ihrem Verein über die Jahre treu blieben und sich in wechselnden Funktionen engagierten. Z.B. im Sport, „in der Kindergruppe im Turnverein sozialisiert, übernahm er oder sie früh Aufgaben mit Leitungsfunktion im Turnverein. In die Jahre gekommen und mit Berufserfahrung war es dann an der Zeit, dem Verein als Mitglied des Vorstandes (...) etwas „zurückzugeben“ (ebenda, S.21f). Gerade die Schwierigkeiten der lokalen Vereine, Vorstandspositionen zu besetzen, sind Ausdruck der seltener werdenden „Engagementkarrieren“.

Engagement scheint also in wachsendem Umfang sachlich, zeitlich und sozial begrenzt zu sein und ist oft anlass- und projektbezogen, wie z.B. aktuell in der Situation um die Flüchtlinge. Die empirischen Befunde zum Engagement in den Wohlfahrtsverbänden zeigen allerdings nach wie vor die große Breite des dortigen Engagements (vgl. Backhaus-Maul u.a. 2015). Allerdings gibt es nicht „den“ Engagierten oder „die“ Engagierte. Knapp zwei Drittel sind kontinuierlich aktiv. Dies gilt vor allem für die (schon aus demografischen Gründen) wachsende Gruppe der über 45-Jährigen, während sich jüngere Menschen stärker projektbezogen engagieren. Gleichwohl ist festzuhalten, dass das klassische Ehrenamt mit seiner relativ festen Bindung an Organisationen schwindet, während das breiter aufgestellte Bürgerengagement wächst. Das neue Ehrenamt, nennen wir es bürgerschaftliches Engagement, scheint aus einer Verbindung von sozialer Gesinnung, persönlicher Betroffenheit, Selbstverwirklichungsmotiven und politischem Gestaltungswillen geprägt zu sein.

Unbestritten ist bei den Akteuren in Bund, Ländern und Kommunen und bei den Akteuren der Zivilgesellschaft, dass bürgerschaftliches Engagement die Lebensqualität in unserem Gemeinwesen verbessert und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Zu beobachten ist, dass die Politik ein zunehmendes Interesse an der Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements als eine Ressource zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen, wie zur Zeit die Integration von MigrantInnen, entwickelt. Sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind „Steuerungsinstrumente eingeführt worden, wie Lern- und Entwicklungsnetzwerke, Wettbewerbe, Moderations- und Mediationsverfahren, Strategien der Bürgeraktivierung, innovative Organisationsentwicklungsprozesse in Organisationen, Vereinen und Verbänden, zivilgesellschaftliche Aktionsprogramme gegen rechts-extremistische Strömungen und Bewegungen sowie die Nutzung der Ressource Bürgergesellschaft

für die Integration von Migranten und Migrantinnen. Auch die lokalen Bündnisse für Familie (...) stellen grundsätzlich eine zivilgesellschaftliche Modernisierungsstrategie dar und gehören insofern faktisch in den Kontext der Engagementpolitik“ (Hartnuß; Olk; Klein 2011, S.774). Engagementpolitische Institutionen wie der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Netzwerke auf Landes- und lokaler Ebene, Stabsstellen bei Ministerpräsidenten, ressortübergreifende Arbeitsgruppen, Ausschüsse u.s.w. sind entstanden.

Dennoch scheint es so, dass das Projekt „Bürgerschaftliches Engagement“ immer noch ein „weiches“ Thema ist, das immer noch nicht in den Kern politischer Programme gelangt ist. Z.B. in der Flüchtlingskrise wäre der Kern, die Verabredung einer neuen Verteilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen den relevanten Akteuren von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft (vgl. Prantl 2015). Engagementpolitik sollte also auf zwei Ebenen erfolgen. Auf der ersten Ebene sollte die Verbesserung engagementpolitischer Programme und Instrumente das Ziel sein. Auf der zweiten Ebene sollte die Verbesserung des politischen Institutionensystems der Bundesrepublik das Ziel sein, indem die Zivilgesellschaft, also auch die Wohlfahrtsverbände als wesentlicher Teil der Zivilgesellschaft, und ihr bürgerschaftliches Engagement gegenüber den anderen gesellschaftlichen Bereichen Markt und Staat eine gewichtigere Rolle einnimmt.

7. Beispiele aus der Praxis

Nachfolgend werden fünf Beispiele erprobter Praxis ausführlicher vorgestellt. Außerdem werden Herausforderungen und dazu ausgewählte passende Beispiele benannt. Damit soll die Vielfalt und Bandbreite ehrenamtlichen, freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements abgebildet werden, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erfüllen.

7.1 Fünf Beispiele

Beispiel 1

Titel: „Ich bin psychisch krank und ehrenamtlich tätig!“ – Wege zur freiwilligen Tätigkeit für und mit Menschen mit psychischen Erkrankungen

Projektpartner

Freiwilligenagentur Wolfenbüttel und AWO-Haus am Elm in Schöningen (Sozialpsychiatrisches Wohnheim des AWO-Bezirksverbandes Braunschweig) mit Unterstützung durch die Aktion Mensch

Ziel

Ziel ist es, psychisch kranken Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, selbst ehrenamtlich tätig zu werden, indem zusätzliche Kapazitäten aufgebaut werden die nicht nur den Einstieg sondern insbesondere die Langzeitdurchführung gewährleisten. Behinderungsbedingte Hürden zum Engagement werden durch individuelle, bedarfsgerechte Unterstützung, durch vorab geschultes ehrenamtliches zusätzliches Personal abgebaut. Einsatzbereiche werden identifiziert und durchführungsfähig gestaltet.

Durchführung

Die Freiwilligenagentur hat mit Unterstützung durch die AWO-Einrichtung ein Netzwerk für ehrenamtliche Tätigkeiten aufgebaut, in das psychisch kranke Menschen, die sich in stationärer oder ambulanter Betreuung befinden, vermittelt werden. Beispiele für diese Tätigkeiten sind u.a. Alltagsbegleitung von Bewohnern aus Wohn- und Pflegeheimen, Patenschaften für öffentliche Grünflächen oder ehrenamtliche Tätigkeit im Tierheim. Die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen werden durch Schulungen auf ihre Aufgabe vorbereitet und langfristig begleitet. Sie erfahren durch diese Tätigkeit eine hohe Wertschätzung und Anerkennung, erweitern ihre persönliche Tagesstruktur und werden durch die niederschweligen Angebote ggf. für weitergehende berufsvorbereitende Maßnahmen motiviert.

Informationen

awo-haus-am-elm@awo-bs.de

Beispiel 2

Titel: Ehrenamtliche in der Bahnhofsmision Osnabrück

Träger

Bahnhofsmision Osnabrück

Theodor-Heuss-Platz 2

Hauptbahnhof Gleis 1

49074 Osnabrück

www.dw-osl.de/unsere-einrichtungen/bahnhofsmision.html

Die Bahnhofsmision Osnabrück ist in ökumenischer Trägerschaft des Diakonischen Werkes Osnabrück und des Caritasverbandes für die Stadt und den Landkreis Osnabrück.

Ziel

An zwei wesentlichen Aufgaben der Bahnhofsmision Osnabrück sind Ehrenamtliche beteiligt: Reihilfen aller Menschen mit Mobilitätseinschränkungen – Zufluchtsort für Menschen ohne Wohnung und mit psychischen Erkrankungen oder Sucht. Hier bieten Ehrenamtliche Unterstützung, Rat und Orientierung. Seit 2015 benötigen Flüchtlinge durch die Nähe zur Erstaufnahmeeinrichtung Hilfestellung. Nur durch die aktiven Ehrenamtlichen kann die Bahnhofsmision ihre Aufgaben wahrnehmen, Hauptamtliche gewährleisten den erforderlichen Rahmen.

Durchführung

Umstiegshilfen leisten Ehrenamtliche. Hierdurch erhalten sie bei älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Wohnungslose Menschen erfahren durch Gespräche, Rat und Hilfestellungen sowie Orientierung. Menschen mit geringem Einkommen – unterhalb und knapp über der Armutsgrenze – sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen erleben durch die Ehrenamtlichen Gemeinschaft und Würdigung ihrer Person. Vereinsamung wird verhindert oder gemildert. Menschen in Notlagen werden weiterführende Hilfen vermittelt. Ehrenamtliche nutzen dafür das Netzwerk der sozialen und öffentlichen Organisationen in Osnabrück. Manche Nutzer der Bahnhofsmision sind ständige Gäste. Die aufgebauten Beziehungen geben Vertrauen, Verlässlichkeit und Stabilität. Menschen erhalten durch die Ehrenamtlichen Halt und Tagesstruktur.

Ehrenamtliche sind als bekennende Christen verschiedener Konfessionen gemeinsam aktiv. Sie setzen ein praktisches Zeichen gelebter Ökumene, das die Gäste der Bahnhofsmision so wahrnehmen.

Beispiel 3

Titel: MediPrä – Ehrenamtspraxis für Obdachlose

Träger

DRK-Kreisverband Leer e.V.

Heisfelder Str. 141

26789 Leer

<http://www.drk-leer.de/>

Ziel

„MediPrä“ ist ein ehrenamtliches Angebot im Rahmen der Sozialen Anlaufstelle „Haus Deichstraße“ in Leer, in der sich ein Tagesaufenthalt und eine Notunterkunft befinden. Hier finden wohnungslose Menschen einen geschützten Raum, um sich von ihrem Leben auf der Straße zu regenerieren. Sie erhalten Unterstützung im Bereich der Grundbedarfe wie z.B. warme Mahlzeiten, Waschmöglichkeiten, Kleiderausbesserung oder Einkleidung aus gespendeter Ware. Das weitere Angebot des ehrenamtlichen Teams „MediPrä“ engagiert sich in der gesundheitlichen Erstversorgung obdachloser Menschen und ermöglicht bei Bedarf den Zugang zum bestehenden medizinischen Versorgungsangebot.

Durchführung

Die Erfahrungen aus der Arbeit mit der Zielgruppe zeigen, dass das „Leben auf der Straße“ und je länger die Situation besteht, zunehmende Probleme in der gesundheitlichen Konstitution der Betroffenen verursachen.

Diese Problemlage greift „MediPrä“ auf. In enger Abstimmung mit den hauptamtlichen MitarbeiterInnen der Sozialen Anlaufstelle bieten ehrenamtlich Engagierte wohnungslosen Menschen die Versorgung bei gesundheitlichen Problemen an. Z.B. können sie hier kleinere Wunden im Rahmen einer medizinischen Erstversorgung behandeln lassen. Es erfolgt auch eine erste Abklärung, ob weitere Hilfestellungen aus dem medizinischen Versorgungssystem wie z.B. die Einschaltung von Fachärzten, ein Krankenhausaufenthalt etc. indiziert sind. Das beinhaltet auch, dass die weiteren Zugangsschritte in das medizinische Versorgungssystem geklärt werden und die Hilfestellung in der Beantragung erfolgt.

Das ehrenamtliche Team „MediPrä“ besteht aus vier Ärzten und drei medizinischen Fachkräften. Seit November 2015 wird das Angebot in erweiterten Räumen vorgehalten.

Der Start der Ehrenamtspraxis im Jahr 2012 konnte durch finanzielle Unterstützung der Heinrich-Peters-Stiftung erfolgen. In der fortlaufenden Unterstützung wird das medizinische Angebot durch kommunale Mittel des Landkreises Leer gefördert.

Beispiel 4

Titel: „Gemeinsam Gewinnen“ – ehrenamtliche Arbeit im Kirchenkreis als Teil der Sozialarbeit/ Gemeinwesenarbeit: Ein diakonisches Projekt im Kirchenkreis Hann. Münden

Kurzbeschreibung

„Gemeinsam gewinnen“ stellt Familien oder Einzelpersonen in wirtschaftlichen und/ oder sozialen Notsituationen einen ehrenamtlichen Mitarbeitenden zur Verfügung. Der konkrete Hilfsbedarf und der Zeitraum der Begleitung werden zu Beginn geklärt. Unterstützungsmöglichkeiten z.B.: bei Behördenbesuchen, der Organisation eines Umzugs, bei Antragstellungen, bei der Haushaltsführung, der Vermittlung und Begleitung zu Beratungsstellen, der Kinderbetreuung,...

Ziele

Praktisches Erleben von christlicher Teilhabe und Solidarität von Gemeindemitgliedern als ehrenamtlich Mitarbeitende einerseits und Gemeindemitgliedern, die in einer akutschwierigen wirtschaftlichen und anderen prekären Lebenssituation sind andererseits. Gewinn auf beiden Seiten durch partnerschaftliche und nachhaltige Unterstützung.

Informationen

Diakonisches Werk Hann. Münden

Ziegelstraße 16

34346 Hann. Münden

Tel.: 05541/ 98 19 16

dw.muenden@evlka.de

http://www.diakonie-muenden.de/Info/2011_Info_01.htm

Beispiel 5

Titel: Das Second-Hand Lädchen „Dit und Dat“ – Ein Beispiel für ehrenamtliches Engagement gegen Armut im Paritätischen Oldenburg-Ammerland

Träger

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125-127

26121 Oldenburg

Hintergrund

Im Rahmen des quartiersbezogenen Nachbarschaftsprojekts LeNa – Lebendige Nachbarschaft ist immer wieder aufgefallen, dass gerade ältere, körperlich eingeschränkte und zugewanderte Menschen über so wenig finanzielle Mittel verfügen, dass notwendige Anschaffungen an Kleidung oder Hausrat auf der Strecke bleiben. Als Reaktion hierauf haben vor vier Jahren engagierte haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen das Second-Hand-Lädchen „Dit und Dat“ gegründet.

Durchführung

Im Quartier werden Sachspenden an Haushaltsgegenständen und Bekleidung für jede Altersgruppe angeworben, gesammelt und sortiert. In einem kleinen Ladenraum können Bedürftige an zwei Tagen in der Woche wie in einem Geschäft Waren aussuchen, Kleidung anprobieren.

Durch die enge Vernetzung mit den anderen Angeboten des Nachbarschaftsprojekts des Paritätischen wie dem offenen Nachbarschaftstreff, den Kreativgruppen und der Bücherbörse, die von allen Bevölkerungsschichten rege genutzt werden, ist ein niedrigschwelliger Zugang ohne Stigmatisierung gegeben.

Die enge Verzahnung mit den Paritätischen Diensten ermöglicht es zudem, dort wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ambulanten Hilfen akute Bedarfe feststellen, wie etwa das Fehlen von ausreichend Bettwäsche oder Handtüchern, unkompliziert und schnell zu helfen, indem die erforderlichen Dinge zu den Bedürftigen gebracht werden.

In den letzten vier Jahren hat sich das Lädchen „Dit und Dat“ zu einer festen Größe im Quartier entwickelt und dank des freiwilligen Engagements einiger ehrenamtlicher MitarbeiterInnen kann schnell und unkompliziert konkrete Hilfe gegen Armut geleistet werden.

7.2 Gesellschaftliche Herausforderungen und deren Annahme durch Umsetzung

Herausforderung: Erhöhtes Aufkommen von Flüchtlingen in Niedersachsen

Umsetzung: Hilfen und Integrationsarbeit durch Ehrenamtliche, auch in Hildesheim, Osnabrück, im Emsland, Landkreis Wesermarsch http://www.diakonie-in-niedersachsen.de/pages/presse/pressemeldungen/subpages/gelebte_hilfe/index.htm
www.asyl-ev.de
www.ibis-ev.de
www.refugium-wesermarsch.de
<http://www.drk-emsland.de/angebote/migration-integration-und-suchdienst/koordinierungsstelle-ehrenamtlicher-fluechtlingsarbeit-kefa/koordinierungsstelle-ehrenamtlicher-fluechtlingsarbeit-kefa.html>
www.fluechtlingshilfe-rosenplatz.de

Herausforderung: Integrationsprojekte mit Sprachförderung

Umsetzung: Fachdozenten und ehrenamtliche Lernbegleiter
<http://www.drk-kv-wf.de/angebote/soziale-unterstuetzung/fluechtlingshilfe.html>

Herausforderung: Aktivierung von Menschen mit geringem Einkommen im kulturellen Bereich

Umsetzung: Kulturprojekt in Hildesheim
www.awo-hi.de
Soziokultureller Treffpunkt mit ehrenamtlichem Team
<http://www.drk-kv-bs-sz.de/angebote/sprungbrett-mit-kaufbar/kaufbar.html>

Herausforderung: Migration und Armut

Umsetzung: Gemeinwesenarbeit, Stadtteilarbeit
<https://www.diakonisches-werk-hannover.de/ueber-uns/abteilungen-ansprechpartner/promigration/>

Herausforderung: Familie und Beruf/ Familie und Armut

Umsetzung: Ehrenamtliche Helfer im Familienalltag
http://www.dv-hl.de/pages/ehrenamt/individuelle_begleitung_fuer_familien/index.html

Herausforderung: Krankheit

Umsetzung: Besuchsdienst im Krankenhaus durch Ehrenamtliche
<http://www.ekh-deutschland.de/startseite/>

Herausforderung: Demographischer Wandel

Umsetzung: Begleitung von Senioren durch Ehrenamtliche wie beim Partnerbesuchsdienst
<https://www.diakonisches-werk-hannover.de/beratung-leistung/menschen-in-aelteren-jahren/partnerbesuchsdienst/>

Herausforderung: Inklusion

Umsetzung: Vereinfachung von Medienzugängen wie z.B. leichte Sprache:
<http://www.diakonie-in-niedersachsen.de/scripts/frontend/index.php>

Herausforderung: Behinderung

Umsetzung: Ehrenamtliche Begleitung, z.B. durch gemeinsame Freizeitgestaltung
<http://www.rotenburger-werke.de/jobs/ehrenamt.html>

Herausforderung: Steigende Betroffenenzahlen bei Demenzkranken

Umsetzung: Entlastung von pflegenden Angehörigen von Demenzerkrankten
Hilfen bei Demenz (HilDe)
www.paritaetischer.de
Betreuungsnachmittage durch ehrenamtliches Team
<http://drk-lueneburg.de/aktuelles/newsdetails/archiv/2014/maerz/12/meldung/18-das-cafe-engelchen-oeffnet-seine-pforten.html>

Herausforderung: Versorgung mit warmen Essen für Bevölkerungsgruppen unter bzw. an der Armutsgrenze

Umsetzung: Mittagstisch, z. B. in Wolfsburg und Hannover
www.caritas-wolfsburg.de/einrichtungen/caritas-mittagstisch/
<https://www.drk-hannover.de/soziale-hilfen/lebensmittelausgabe-mittelfeld/>

Herausforderung: Versorgung mit Kleidern für Bevölkerungsgruppen unter bzw. an der Armutsgrenze, für alle Bevölkerungsgruppen oder speziell für Kinder

Umsetzung: Kleiderläden / Soziale Kaufhäuser
<https://www.drk-hannover.de/soziale-hilfen/secondhand-shop-doehren/>
<http://www.fundus-kaufhaus.de/Team/>
http://www.drk-cuxhaven-hadeln.de/drk-shop/mid_35320.html
www.malteser-gifhorn.de/fileadmin/Files_sites/Regionen/NO/Hildesheim/Gifhorn/Downloads/kinderladen.pdf
http://www.skf-cloppenburg.de/angebote/soziale_kaufhaeuser.php?PHPSESSID=d7f146d16877d875beb4e6729d59ade7
www.skf-oldenburg.de

Herausforderung: Wohnortnaher Beratungsbedarf ohne und mit fester Verbindung zu weiteren Ersthilfen

Umsetzung: Sprechstunden durch Ehrenamtliche, auch in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Verband der Freien Wohlfahrtspflege
www.herz-jesu-tostedt.de/bho/dcms/sites/bistum/pfarreien/tostedt/Lebenshilfen.html
„Babytasche“ - Erstausrüstung in Regie von Ehrenamt
<http://drk-weserbergland.de/angebote/familie-jugend/aktion-babytasche.html>

Herausforderung: Förderung von benachteiligten Grundschulkindern;
hier in der Freizeitgestaltung
Umsetzung: Balu-und-Du-Projekt
www.caritas-hannover.de/hilfe-und-beratung/kinder-und-jugendliche/balu-und-du--mentorenprojekt/ oder www.caritas-sozialwerk.de

Herausforderung: falsche und/oder Mangelernährung bei Kindern und Jugendlichen
Umsetzung: Kochangebote in Jugendtreffs
www.paricux.de

Herausforderung: Förderung von benachteiligten Schülern/innen; hier durch Hausaufgabenhilfe
Umsetzung: ETUI-Projekt in Hildesheim
www.caritas-hildesheim.com/caritas-leistungen/hausaufgabenhilfe/

Herausforderung: Förderung quartiersnahen Engagements
Umsetzung: Mehrgenerationenhaus, z. B. in Lüneburg
www.caritas-lueneburg.de

Herausforderung: Unterstützung von Senioren in ihrem Alltag
Umsetzung: Seniorenstützpunkte, z. B. in Helmstedt
www.seniorenstuetzpunkt-helmstedt.de/

Herausforderung: Erhöhte Internetnutzung von Interessierten und Engagierten für Informationen, Engagementmöglichkeiten und Fortbildungen
Umsetzung: Internetportale
www.ehrenamt-caritas-hildesheim.de
www.freiwilligenakademie.de

Herausforderung: Familienarmut / Altersarmut / Einsamkeit
Umsetzung: Stadtteilarbeit, Ökumenische Initiative
<http://www.jedes-kind-braucht-einen-engel.de/willkommen.html>

Herausforderung: Demographischer Wandel im ländlichen Raum
Umsetzung: Nachbarschaftshilfe
<http://seitenblicke-twist.jimdo.com/infos/>

Herausforderung: Strukturschwacher Raum / Abwanderung
Umsetzung: Stärkung des Zusammenhalts im ländlichen Raum:
Anpackerkreis und Mobiler Einkaufswagen
<http://www.caritas-os.de/ostfriesland/aktivwerden/engagierensiesich/anpackerkreis>
<http://www.kirchenbote.de/content/koerbe-bis-die-wohnung-tragen>

Herausforderung: Erhöhte interaktive Nutzung neuer Medien
Umsetzung: „Anpacker-App“ als Matchingoption
für Zeit- und Sachspenden vor Ort als Kooperation vor Ort
über www.caritas-os.de und App-stores

Herausforderung: Bildung und Zukunftschancen für alle
Umsetzung: Lernpatenprojekte
<http://www.bohnenkamp-stiftung.de/projekte-aktionen/aktuelle-projekte/news/profil-lernpaten-fuer-junge-fluechtlinge-in-osnabrueck.html>

Herausforderung: Einen guten Start ins Leben ermöglichen – die Weichen werden in den ersten Lebensjahren gesetzt
Umsetzung: Geschulte, ehrenamtliche Familienpaten begleiten junge Familien in den Sozialdiensten katholischer Frauen in Vechta, Cloppenburg und Oldenburg sowie den Caritasverbänden Delmenhorst und Wesermarsch
www.cvwesermarsch.caritas.de/91763.html und
<http://www.skf-vechta.de/category/familienpaten/>

8. Engagementpolitische Aufgaben und Herausforderungen für die Zukunft

Niedersachsen steht vor folgenden engagementpolitischen Aufgaben und Herausforderungen in naher Zukunft:

1. Die kontinuierliche Förderung des Dialogs und der Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Erfahrungen aus Beteiligungsprozessen (Beispiel Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz; Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung von Straßenquartieren in Berlin) haben gezeigt, dass eine gezielte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Bearbeitung gesellschaftlich relevanter Fragen möglich ist.
2. Die Verankerung des Themas Bürgerschaftliches Engagement in die Bildungspolitik des Landes.
3. Der Ausbau der Infrastrukturen der Engagement- und Demokratieförderung wie insbesondere Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen. Die Landesregierung sorgt dafür, dass die Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements in den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine grundlegende Finanzierung besitzen. Sie prüft, wie diese Aufgabe von einer sog. „freiwilligen Leistung“ zu einer gesetzlichen Leistung wird.
4. Die Verbesserung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen, insbesondere Weiterentwicklungen auf den Gebieten des Gemeinnützigkeitsrechts, des Zuwendungs- und Haftungsrechts, ebenso des Vereins- und Stiftungsrechts.
5. Die Herausstellung und Nutzung der Potenziale Bürgerschaftlichen Engagements für die gesellschaftliche Integration.
6. Die Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen. Die Förderung des Dialogs zwischen Akteuren des Staates, Unternehmen und Akteuren der Zivilgesellschaft.
7. Die Landesregierung fördert das Bürgerschaftliche Engagement, indem sie Regelungen trifft, die Schüler/innen wie auch Arbeitnehmer/innen für ihre sozialen, ehrenamtlichen Tätigkeiten außerhalb von Schule und Betrieb freistellt.
8. Projekte für und von Armut bedrohten Menschen in ausreichendem Maße finanziell zu fördern, wie auch wertschätzend anzuerkennen, als Form eines zentralen Beitrags zur Lösung von sozialen Herausforderungen.
9. Die Landesregierung sorgt dafür, dass die professionellen Leistungen des Freiwilligenmanagements in Verbänden und Einrichtungen gesetzlich finanziert wird.
10. Die Landesregierung prüft in Zusammenarbeit mit wesentlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren (zumindest mit der LAG FW, der Freiwilligenakademie Niedersachsen e.V. sowie der LAG FA) und den Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände, welche weiteren konkreten Schritte einer Engagementförderung unternommen werden können sowie auf welche Weise die Entwicklung einer landesweiten Engagementstrategie möglich wird.

9. Literatur

Backhaus-Maul, H. u.a. (2015). Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege. Empirische Befunde aus der terra incognita eines Spitzenverbandes. Wiesbaden.

Bergmann, M. (2016). Ehrenamtliches Engagement – nicht mit Geld zu bezahlen. In: Neue Caritas 1/2016. S. 9-11.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen. Positionspapier. Monetarisierung – kein Weg zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. 2014.

Böhnke, P.; Dathe, D. (2010). Rückzug der Armen, WZB Mitteilungen Nr. 128. S. 14-18.

Brühl, J. (2015). Verantwortung wahrnehmen und einfordern. In: newsletter Nr.12 des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement v. 11.6.2015.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hrsg.) (2009). Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Gesamtstatistik 2008. Berlin.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (Hrsg.) (2013). Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege. Strategiepapier erarbeitet v. Fachausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste“ in Zusammenarbeit mit der Sozialkommission II. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement. Band 1 Gesamtbericht (Hrsg.). Bernhard v. Rosenblatt.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2010: Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009 – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Monitor Engagement (2010). Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligen surveys.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2012). Erster Engagementbericht der Bundesregierung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. Schwerpunkt Engagement in Unternehmen. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2015). Engagementstrategie BMFSFJ. Strategische Ausrichtung der Engagementpolitik.

Diakonietexte. Positionspapier 3/2010. „Es sollte überhaupt kein Armer unter Euch sein“. „Tafeln“ im Kontext sozialer Gerechtigkeit.

Diözesan-Arbeitsgemeinschaft Ehrenamt im Bistum Köln (2014). Positionspapier. Ehrenamt ist unbezahlbar. Keine Vergütung ehrenamtlicher Tätigkeit in der Caritas.

Europäische Kommission (1991). Mitteilung der Kommission über die Förderung der Rolle der Vereine und Stiftungen in Europa. Luxemburg.

Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags (Hrsg.) (2002). Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.

Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen. Positionspapier zur Monetarisierung im Bürgerschaftlichen Engagement. 2014.

Gensicke, T. (2011). Freiwilligensurvey. In: Olk, T.; Hartnuß, B. (Hrsg.). Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, S. 691-704.

Heinze, R.G.; Olk T. (2001). Bürgerengagement in Deutschland - Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion.

Heinze, R.G; Schneiders, K. (2013). Vom Wohlfahrtskorporatismus zur Sozialwirtschaft? Zur aktuellen Situation der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit Nr.2, S.4-17.

Heuberger, F.W. (2011). Bundesländer. In: Hartnuß, B. (Hrsg.). Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, S. 797-810.

Heuberger, F.W. (2010). Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur Bürgergesellschaft: Theoretische Grundlagen und landespolitische Rezeption einer gesellschaftlichen Leitidee. In: Benzner, B. u.a. (Hrsg.). Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie. Wiesbaden, S. 21-30.

Kaufmann, F.X. (2003). Sozialpolitisches Denken. Frankfurt/Main.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hrsg.) (2011). Sozialwirtschaft in Niedersachsen.

Offe, C. (2002). Reproduktionsbedingungen des Sozialvermögens. In: Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements., Dt. Bundestag (Hrsg.). Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen.

Offe, C. (1972). Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt.

Olk, T., Hartnuß, B. (2011). Bürgerschaftliches Engagement. In: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Dieselben (Hrsg.). S. 145-161.

Olk, T., Hartnuß, B., Klein, A. (2011). Engagementpolitik. In: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Olk, T., Hartnuß, B. (Hrsg.). S. 761-776.

Prantl, H. (2015). Die verbogenen Achsen. In: Süddeutsche Zeitung v.14./15.11. 2015..

Roth, R. (2000). Bürgerschaftliches Engagement-Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: Zimmer, A.; Nährlich, St. (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen, S. 25-48.

Runge, M. (2011). Impulsreferat: „Freiwillig engagiert – auch in benachteiligten “. Tagung der Caritas „Grenzenlos freiwillig“ in Hannover.

Sachße, C. (2011). Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In: Olk/Hartnuß (Hrsg.), S.17- 27.

Seibt, G. (2015). Die Unentbehrlichen. In: Süddeutsche Zeitung v.23.9.2015.

Stricker, M. (2011). Ehrenamt. In: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Olk, T., Hartnuß, B. (Hrsg.), S. 163-171.

TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.) (2010). Zivilgesellschaft und Freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999-2004-2009. München.

Zimmer, A.; Backhaus-Maul, H. (2012). Engagementförderung vor Ort - Was gilt es in den Blick zu nehmen?. Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger. Münster.